

Resolution „Projekte der Infrastruktur zügig voranbringen!“

Im Interesse der Wirtschaft Westbrandenburgs spricht sich die Vollversammlung der IHK Potsdam für eine zeitgemäße Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Planverfahren bei Infrastrukturprojekten aus. Sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene muss das bisherige Verfahren überdacht und verändert werden, um die gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigen zu können. Die Wirtschaft in Westbrandenburg wird dazu beitragen, diesen Prozess zu unterstützen.

Für die Wirtschaft in Westbrandenburg sind Umfang und Qualität der Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Industrie und Energie die zentrale Grundvoraussetzung für ihre unternehmerische Tätigkeit. Von großer Bedeutung ist dabei die zügige Umsetzung von Infrastrukturvorhaben, mit denen Versorgungslücken geschlossen werden sollen und die eine Voraussetzung für die Umsetzung von Innovationen sind. Infrastrukturelle Defizite müssen frühzeitig beseitigt werden, wenn die brandenburgische Wirtschaft weiter im Wettbewerb bestehen soll. Zudem ist es ausgesprochen wichtig, die Planungsreife von Infrastrukturprojekten zügig voranzubringen, um die noch zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Europäischen Union sowie des Bundes für Westbrandenburg nutzen zu können.

Die Realisierung von Projekten der Infrastruktur stößt seit einigen Jahren auf immer größere Schwierigkeiten. Die langen Planungshorizonte führen bei der Bevölkerung dazu, dass Projekte immer weniger nachvollziehbar sind und akzeptiert werden. Auch die Politik steht Infrastrukturprojekten wesentlich kritischer gegenüber als in der Vergangenheit. Diese Entwicklung hat bereits zum teilweisen oder völligen Verzicht von wirtschaftlich notwendigen Projekten geführt.

Als Lösung für eine größere Akzeptanz von Infrastrukturprojekten werden von der Politik wie auch von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen mehr Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung gesehen. Auch eine größere Transparenz der Planungen wird in diesem Zusammenhang eingefordert.

Die Wirtschaft in Westbrandenburg beobachtet seit Jahren nur einen geringen Fortschritt bei der Akzeptanz von Projekten der Infrastruktur. Damit Westbrandenburg in Zukunft gut aufgestellt ist, sind Veränderungen bei der Planung von Infrastrukturprojekten notwendig.

Diese Tatsache hat die IHK Potsdam zum Anlass genommen, das Thema „Realisierung von Projekten der Infrastruktur“ aufzugreifen. Meinungen und Einschätzungen von Mitgliedsunternehmen wurden in einem umfassenden Beteiligungsprozess ermittelt.

Im Herbst 2014 und Frühjahr 2015 wurde das Thema in den Sitzungen der vier Fachausschüsse für Infrastruktur, Immobilien- und Bauwirtschaft, Verkehr, Umwelt und Energie sowie Industrie und Mittelstand diskutiert und abgewogen. Zusätzlich fand im März 2015 in der IHK Potsdam ein Workshop statt. Vertreter der Ausschüsse erörterten mit fachlicher Unterstützung die Probleme bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten.

Die vorliegende Resolution ist das Ergebnis eines umfassenden Meinungsbildungsprozesses, der erstmals in dieser Form durchgeführt wurde.

Die Unternehmerschaft in Westbrandenburg stellt folgende Forderungen auf.

1. Bei der Planung von Projekten der Infrastruktur muss eine breite Öffentlichkeit einbezogen werden. Diese setzt sich zusammen aus Vertretern der Wirtschaft, der Politik, der Verwaltung, der Bürgerinnen und Bürger sowie der Medien.
2. Das Anliegen der Bürger nach mehr Transparenz und Mitwirkung muss mit dem Ziel der zügigen Umsetzung von Projekten in Einklang gebracht werden. Der private oder öffentliche Investor eines Infrastrukturprojektes muss die Öffentlichkeitsbeteiligung sorgfältig vorbereiten. Um Missverständnisse zu vermeiden, muss Klarheit über Aufgabe und Grenzen der Öffentlichkeitsbeteiligung hergestellt werden.
3. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gleich zu Beginn der Projektplanung ermöglicht die zügige Realisierung eines Infrastrukturprojektes. Dabei muss klar werden, welche Bedeutung das Vorhaben im Gesamtzusammenhang hat, z. B. der Neubau einer Autobahn als Bestandteil des europäischen Fernstraßennetzes. Damit ein realistischer Zeit- und Kostenaufwand für das Projekt eingehalten werden kann, müssen der Öffentlichkeit die Möglichkeiten der Beteiligung aufgezeigt werden.
4. Infrastrukturprojekte können nur mit einem komplexen Planungsverfahren realisiert werden. Deshalb ist es wichtig, die Öffentlichkeit mit gut aufbereiteten Informationen zum Projekt und zum Verfahrensstand zu versorgen. Eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit ist transparent und bindet auch die Medien mit ein. Die Nutzung von zeitgemäßen Kommunikationswegen und Veranstaltungsformen sollte dabei eine Selbstverständlichkeit sein.
5. Aufgabe der IHK Potsdam als Vertreter der Wirtschaft in Westbrandenburg ist es, die Bedeutung von Infrastrukturprojekten für die gesamte gewerbliche Wirtschaft frühzeitig und öffentlich wahrnehmbar zu artikulieren.
6. Als Interessenvertreter der gesamten Wirtschaft sucht die IHK Potsdam den Dialog, wirkt vermittelnd und motiviert die Unternehmerschaft, sich in die öffentliche Diskussion einzubringen. Sie nimmt Stellung zu Infrastrukturprojekten, bietet ein Podium für die Meinung der Unternehmen und engagiert sich dafür.
7. Gegenüber der Politik fordert die IHK Potsdam die Realisierung und zügige Umsetzung von notwendigen Infrastrukturprojekten ein. Auch gegenüber den Wirtschafts- und Infrastrukturministerien muss die Bedeutung von Projekten der Infrastruktur für die Wirtschaft und das Gemeinwohl deutlich gemacht werden.
8. Die Politik muss für Beschleunigung und Straffung von Planverfahren bei Projekten der Infrastruktur sorgen, da Planungs- und Realisierungszeiträume häufig zu lang sind. Sie muss die Initiative für zeitgemäße Gesetze und Verordnungen ergreifen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist mit hohen Kosten verbunden. Dafür müssen in der Verwaltung ausreichende personelle und finanzielle Kapazitäten bereitgestellt werden.
9. Von der Politik erwartet die Wirtschaft Klarheit und Verlässlichkeit. Entscheidungen in Planverfahren müssen akzeptiert und vertreten werden. Die Rücknahme von gerichtsfesten Planfeststellungsbeschlüssen zu bedeutsamen Infrastrukturprojekten, wie zu Beginn des Jahres 2015 im Land Brandenburg erfolgt, sollte sich nicht wiederholen. Stattdessen sollen sich Politiker aktiv für Projekte der Infrastruktur einsetzen.
10. Die Wirtschaft in Westbrandenburg steht vor großen Herausforderungen. Sie ist angewiesen auf ein innovationsfreundliches Umfeld und ein positives Investitionsklima. Die Politik wird aufgefordert, die Chancen von Infrastrukturprojekten zur Stärkung der Wirtschaft deutlich aufzuzeigen und zu nutzen.